

Universitätsstadt Tübingen

Büro des Oberbürgermeisters

Ulrich Narr, Telefon: 07071-204-1700

Fachabteilung Informationstechnik

Peter Hammann, Telefon: 07071-204-1404

Gesch. Z.: BOB / 12/

Vorlage

207/2013

Datum

06.05.2013

Beschlussvorlagezur Vorberatung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Einführung von "mandatos"

Bezug: Vorlage 544a/2012

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Nach der Sommerpause 2013 wird „mandatos“ testweise bei rund zehn Mitgliedern des Gemeinderats und rund zehn Beschäftigten der Verwaltung eingeführt. Die notwendige Hardware wird von Seiten der Verwaltung bereit gestellt. Voraussetzung für die Bereitstellung von „mandatos“ ist der Verzicht auf Vorlagen in Papierform.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr. 2013	Folgej.:
Investitionskosten:	2.0610.0351	12.680 €	
Aufwand/Ertrag jährlich	1.0610.6510	820 €	2.450 €
	1.0610.6520	3.000 €	12.000 €

Ziel:

Test der Software „mandatos“

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung:

Wie bereits in Vorlage 544a/2012 berichtet, plant die Verwaltung für interessierte Stadträtinnen und Stadträte sowie für Beschäftigte der Verwaltung die Einführung von „mandatos“ als Alternative zu den gedruckten Vorlagen.

2. Sachstand

Die Verwaltung hat sich Ende Oktober 2011 nach intensiver Information entschieden, das in vielen Kommunen eingeführte Produkt „Sitzungsmanagement Session / SessionNet“ der Firma Somacos, das vom Rechenzentrum „Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)“ angeboten und betreut wird, einzuführen. Seit Beginn des Jahres 2013 wird nun in der Verwaltung u. a. zur Vorlagenerstellung, Erstellung der Tagesordnungen für den Gemeinderat und seiner Ausschüsse sowie zur Sitzungsgeldabrechnung „Session“ genutzt.

Damit eng verbunden ist „Session Net“. Diese Software beinhaltet ein differenziertes Informationsangebot durch Infoportale sowohl für den Gemeinderat, als auch für die Bürgerschaft und die Verwaltung. So kann der Gemeinderat seit Anfang Juli 2013 auch auf nichtöffentliche Vorlagen und die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen online zugreifen.

Nach der Sommerpause 2013 soll darüber hinaus testweise für interessierte Stadträtinnen und Stadträte und für Mitglieder der Verwaltung die Software „mandatos“ eingeführt werden. „mandatos“ ist eine für Mandatsträgerinnen und -träger entwickelte Weiterentwicklung von „SessionNet“. „mandatos“ ermöglicht unter anderem, elektronische Notizen an den Vorlagen anzubringen, den Zugriff auf Vorlagen und Tagesordnungen, ohne dass ein permanenter Netzzugang gegeben sein muss sowie eine Volltextsuche über alle Vorlagen und Tagesordnungen. „mandatos“ ersetzt damit den Versand von Vorlagen an die Mitglieder des Gemeinderats und die vielfachen Ausdrücke von Vorlagenentwürfen innerhalb der Verwaltung.

Ziel der Verwaltung ist es, in der rund einjährigen Testphase „mandatos“ auf die Erfordernisse des Tübinger Gemeinderats und der Verwaltung anzupassen und mögliche Schwierigkeiten zu erkennen und zu beseitigen. Nach Abschluss der Testphase und nach der Kommunalwahl 2014 sollen möglichst viele Mitglieder des Gemeinderats auf „mandatos“ und damit den papierlosen Zugriff auf Vorlagen umsteigen.

Aus Sicht der Verwaltung bietet „mandatos“ zahlreiche Vorteile: Der elektronische Versand von Vorlagen ersetzt den Druck von Vorlagen, die spart Geld und verbraucht weniger Ressourcen. Die Mitglieder des Gemeinderats haben jeder Zeit, u. a. durch eine Volltextsuche ergänzt, Zugriff auf alle Vorlagen. Zudem sind Vorlagen, die nachgereicht werden, sofort nach deren Fertigstellung online zur Verfügung, so dass die Mitglieder des Gemeinderats stets über den aktuellen Vorlagenstand informiert sind.

„mandatos“ kann grundsätzlich auf Notebooks wie auf Tablet-PCs genutzt werden. Da mit „mandatos“ auch vertrauliche Vorlagen auf einem Notebook bzw. einem Tablet-PC abgelegt werden, muss die Sicherheit der Daten gewährleistet werden. Im Bereich der Tablet-PCs hat sich die Verwaltung unabhängig von der Frage „mandatos“ entschieden, einheitlich nur iPads zu betreiben. Der Vorteil der iPads gegenüber anderen Tablet-PCs ist, dass die Hard- und Software aus einem Haus kommen und daher Updates, bspw. zur Gewährleistung der Datensicherheit, sehr zuverlässig und problemfrei installiert werden können. Dies rechtfertigt aus Sicht der Verwaltung die Mehrkosten des iPads gegenüber anderen Systemen.

Nach Abschluss der Testphase haben die Mitglieder des Gemeinderats entweder die Möglichkeit, ein iPad von der Stadt gestellt zu bekommen oder ihr eigenes privates iPad zu nutzen. In diesem Fall wird die Verwaltung einen „blackbox“-Bereich einrichten, der verhindert, dass auf die geschützten Daten Unbefugte Zugriff erlangen können. Da die Verwaltung erst im kommenden Jahr technisch in der Lage ist, eine „blackbox“ einzurichten, erhalten in der Testphase alle, die daran mitwirken, ein iPad von der Stadtverwaltung.

Derzeit erarbeitet die Verwaltung ein IT-Sicherheitskonzept, in dessen Rahmen geklärt wird, ob eine private Nutzung u. a. der iPads möglich ist. Sollte dies der Fall sein, ist die Verwaltung offen dafür, dass iPad auch privat genutzt werden können. In diesem Fall schlägt die Verwaltung eine Regelung vor, die innerhalb der Verwaltung bereits bei der Nutzung von Smartphones angewandt wird. Mitglieder der Stadtverwaltung haben die Möglichkeit, das dienstliche Smartphones auch privat zu nutzen, wenn sie im Gegenzug 20% der monatlichen Kosten bezahlen. Übersteigt dabei die Rechnung die Höhe der im Tarif zur Verfügung stehenden Freiminuten, müssen diese, wenn dies keine dienstliche Ursache hat, ebenfalls durch die Beschäftigten bezahlt werden.

Analog zu dieser Regelung sollen auch die Mitglieder des Gemeinderats das iPad gegen eine Beteiligung von 20% der monatlichen Kosten am Tarif privat nutzen können. Übersteigt dabei die Rechnung die Höhe der im Tarif zur Verfügung stehenden Freiminuten/Datenmenge, müssen diese durch die Mitglieder des Gemeinderats finanziert werden.

Mitglieder des Gemeinderats, die ihr privates iPad zur Nutzung von „mandatos“ zur Verfügung stellen, sollen analog einen Zuschuss in Höhe von 80% des Tarifes, den die Stadt für ihre iPads, die sie den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung stellt, erhalten.

3. Vorschlag der Verwaltung:

Nach der Sommerpause 2013 wird „mandatos“ testweise bei rund zehn Mitgliedern des Gemeinderats und rund zehn Beschäftigten der Verwaltung eingeführt. Die notwendige Hardware wird von Seiten der Verwaltung bereit gestellt. Voraussetzung für die Bereitstellung von „mandatos“ ist der Verzicht auf Vorlagen in Papierform. Den Testpersonen wird von der Verwaltung ein iPad zur Verfügung gestellt, dass sie, wie beschrieben, auch privat nutzen können. Nach der Auswertung der Testphase wird endgültig entschieden, ob „mandatos“ dauerhaft eingeführt wird.

4. Lösungsvarianten:

Auf die Einführung von „mandatos“ wird zum aktuellen Zeitpunkt verzichtet.

5. Finanzielle Auswirkung:

Berechnungen und Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass sich die Anschaffung der Tablet-PCs bereits nach ein bis zwei Jahren durch die Reduzierung von Druckkosten reduzieren. Eine Vollkostenrechnung inklusive der Tarife liegt jedoch noch nicht vor. Die Verwaltung wird die Testphase nutzen, um hier mehr finanzielle Klarheit zu erlangen.

Die Verwaltung rechnet auf der Basis der derzeitigen Tarife für die Testphase mit 20 Teilnehmenden mit maximal folgenden Kosten:

- a) Anschaffungskosten der Geräte i. H. v. 2.600 €. Die Geräte werden im Rahmen von Mobilfunkverträgen beschafft.
- b) Laufende Kosten der Mobilfunkverträge für 20 Geräte pro Jahr i. H. v. 12.000,-- €.
- c) Serverlizenz für mandatos inkl. der Ipad App: 10.080 €.
- d) Laufende Pflegekosten für mandatos: 2.450 € pro Jahr.

Die Finanzierung erfolgt über die HH-Stellen 1.0610.6510 (Lizenzkosten für Programme, Software-Wartung), 1.0610.6520 (Telekommunikationskosten) und 2.0610.0351 (Kommunikationsinfrastruktur).

Die Verwaltung wird bis zum Start der Testphase klären, ob durch den Wechsel zu günstigeren Tarifen die Kosten für die Anschaffung der Geräte und die Mobilfunkverträge reduziert werden können.

Für weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ggf. nach der Testphase ebenfalls mandatos nutzen wollen, fallen die Kosten für die Anschaffung der Geräte und die Mobilfunkverträge an. Zusätzliche Kosten für die Lizenz und Pflege fallen dagegen nicht an.

6. Anlagen: